

1. Kurze Darstellung der kommunalen Ausgangslage in Bezug auf das kommunale Bildungsmanagement sowie vorhandener Strukturen und Angebote zur Integration durch Bildung)

Mit 1.069.192 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Köln die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen und gehört zu den stark wachsenden Städten in Deutschland.

Fast 400.000 Kölnerinnen und Kölner haben einen Migrationshintergrund. Fast 200.000 (19% der Bevölkerung) haben einen ausländischen Pass und vertreten damit eine von rund 180 Nationen. Bis Juni 2016 sind insgesamt 13.700 Geflüchtete in Köln aufgenommen worden – sie machen damit rund 20% der Zuwanderung aus. Die höchsten Wanderungsgewinne hat die Stadt bei den jüngeren ausländischen Zugewanderten.

Die Stadt Köln bietet eine breit gefächerte Unternehmensstruktur mit steigender Erwerbsbeteiligung, einer interessanten Hochschullandschaft, einer Schullandschaft mit insgesamt 261 Schulen in städtischer Trägerschaft und mit weiteren 32 Einrichtungen in freier Trägerschaft. Für Neuzugewanderte stehen derzeit 164 Vorbereitungsklassen, davon 68 an Grundschulen und 95 an weiterführenden Schulformen, bereit. Einzelintegration findet an rd. 40 (meist Grund-) Schulen statt.

Im Sek II-Bereich lernen ab Schuljahr 2016/2017 ca. 560 neu zugewanderte Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren in Internationalen Förderklassen (IFK) an Berufskollegs. Die VHS und andere Träger der Weiterbildung fördern Spracherwerb, Kommunikation und Verständigung sowie Bereitschaft und Fähigkeit zur Integration und Partizipation in unserer Gesellschaft.

In Köln existiert in breiter Trägerlandschaft und mit großem bürgerschaftlichem Engagement ein differenziertes Beratungs- und Lotsennetzwerk, um Zuwandernden den Einstieg in Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit und die allgemeine Orientierung zu erleichtern.

In Köln verfügen Zugewanderte über ein breites Netz an Möglichkeiten der Teilhabe, unter anderem in derzeit 39 anerkannten und mit 450.000 € p.a. städtisch geförderten Interkulturellen Zentren. und über eine Vielzahl von Migrantenselbstorganisationen.

Die Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements ist in Köln ein erklärtes Ziel. Aufbauend auf den Ergebnissen aus dem Bundesprogramm „Lernen vor Ort“, 2009 – 2012, wurde das **Regionale Bildungsbüro (RBB)** mit der Weiterentwicklung beauftragt.

Das RBB fungiert als Geschäftsstelle seiner beiden Steuerungsgremien, dem Lenkungskreis und der Bildungskonferenz der Regionalen Bildungslandschaft. Dort sind die Vertreterinnen und Vertreter aus Schule und Weiterbildung, Jugendhilfe, Elternvertretung, Wirtschaft und Kammern, Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen und Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zusammengeschlossen. Das RBB hat die Aufgabe, die Prozesse, Strategien und Initiativen aufzugreifen, zu unterstützen und zu begleiten. Über die Anbindung im Amt für Schulentwicklung und im Dezernat Bildung, Jugend und

Sport besteht eine differenzierte Vernetzungs- und Gremienstruktur zu den Strukturen von Jugendhilfe, Schule, Übergang Schule – Beruf, inklusive Bildung und Weiterbildung wie auch zu denen der Schulaufsicht. Zentrales Ziel der Regionalen Bildungslandschaft ist, allen Menschen in Köln Bildungsangebote entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten anzubieten und sie bestmöglich zu fördern und zu unterstützen, um die Grundlage für ein erfülltes und selbst gestaltetes Leben zu bieten. Dafür soll im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses die Qualität des Bildungsangebotes in allen Kölner Bildungseinrichtungen weiter optimiert werden.

Mit dem **Kommunalen Integrationszentrum (KI)**, angesiedelt im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt bilden das Land NRW und die Stadt Köln eine Partnerschaft, um die Teilhabe- und Integrationschancen neu Zugewanderter zu verbessern. Integration soll sich als Querschnittsaufgabe an den Bedarfen der Menschen mit Migrationshintergrund in ihren verschiedenen Lebenslagen sowie an den Prinzipien der Interkulturalität, der Mehrsprachigkeit, des Diversity-Managements und des Potenzialansatzes orientieren. Das KI verbessert die Bildungschancen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte insbesondere durch Orientierungshilfe für die Zugewanderten und durch Stärkung des Bildungssystems. Die Zusammenarbeit mit schulischen und außerschulischen Partnern hat eine wesentliche Bedeutung. Das KI Köln hat in der Bildung den Schwerpunkt bei der Zielgruppe der Neuzugewanderten. Die Geschäftsführung des Integrationsrates ist beim KI angesiedelt, beteiligt ist das KI in diversen städtischen Gremien wie dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und an städtischen und außerstädtischen Netzwerken.

Die **Ausländerbehörde (ABH) Köln** gehört zu Dezernat I (Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht) und erfüllt die Fachaufgabe „Integration durch Teilnahme an Integrationskursen“. Darüber hinaus fördert sie die beruflichen Perspektiven und somit die Teilhabe von neu Zugewanderten in Kooperation mit einer Vielzahl an Akteuren. Köln hat seit Mai 2016 eine „**Stabstelle Flüchtlingskoordination**“ im Büro der Oberbürgermeisterin. mit der Aufgabe, das breit angelegte städtische Verwaltungshandeln zu dem Thema „Arbeit für und mit Geflüchteten“ zu koordinieren“.

Mit dem „**Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration**“ (**ZMI**) ist eine Struktur vorhanden, die Wissenschaft, Steuerungskompetenzen im Bildungsbereich auf Landesebene und Steuerung und Praxis in der Kommune zum Thema Integration durch Bildung in einem ressourcenorientierten Ansatz bündelt. Das ZMI steht unter gemeinsamer Trägerschaft und Geschäftsführung von Universität zu Köln, Bezirksregierung und Stadt. Seit dem 1. Dezember arbeiten in Köln die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Köln eng zusammen in dem „**Integration Point**“, einer Anlaufstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen..

Das Netzwerk CHANCE +“für Flüchtlinge und Arbeit wird seit 2008 vom Jobcenter Köln koordiniert.

Dem KI obliegt die Federführung über das „**Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft**“ und dem ergänzenden „Interkulturelle Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen“. Ziel des Konzepts ist es, den Kölnerinnen und Kölnern mit Zuwanderungshintergrund eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu ermöglichen und für Toleranz, Akzeptanz und wechselseitigen Respekt zwischen den Bevölkerungsgruppen zu werben. Mit dem Konzept „**Lebenswerte Veedel**“ wird die sozial-räumliche Ausrichtung des Verwaltungshandelns in Köln als verbindliches Handlungsprinzip zum Aufbau einer Präventionskette festgelegt. Eine Verbesserung der Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner wird demnach vor allem über eine integrierte Bearbeitung der verschiedenen Themenfelder der Stadtentwicklung angestrebt.

Mit der **Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung 2016** werden Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beschrieben und Lösungsansätze erörtert. Die zugrundeliegende „**Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung**“ verfolgt eine lebenslaufbezogene Perspektive auf die Bildungsbereiche, sieht Kinderarmut, Inklusion und Integration als zentrale Herausforderungen und versieht sozial-räumliche Ansätze zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und Bildungschancen mit konkreten Angeboten. Trotz der vielzähligen und vielfältigen Angebote und Strukturen braucht Köln Unterstützung vor allem bei der wichtigen Aufgabe, Standards zu entwickeln, Kooperationen zu optimieren, Angebote und Strukturen transparent zu machen und bedarfsgerecht anzupassen.

2. Gesamtziel des Vorhabens und Bezug zu den förderpolitischen Zielen des Programms: Einbettung des Vorhabens in das kommunale Bildungsmanagement und die kommunale Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung gegebenenfalls vorhandener Landesprogramme

Derzeit bietet eine Vielzahl von kommunalen und freien Einrichtungen sowie ehrenamtlichen Akteuren Informationen, Beratung, Unterstützung und Bildungsangebote für Neuzugewanderte an. Nachhaltig sicherzustellen, dass für alle Altersgruppen in allen Stadtbezirken ausreichende und qualitätsvolle Bildungs- und Integrationsangebote zur Verfügung stehen und diese gut zugänglich sind, ist das Kernziel der Bildungsarbeit des Kommunalen Integrationszentrums wie auch der Regionalen Bildungslandschaft Köln. Dafür soll die Zusammenarbeit der beteiligten Verwaltungseinheiten und Gremien transparent gemacht und verbessert werden. Zur Effizienzsteigerung der Strukturen und zur zielgerichteten gesamtstädtischen Steuerung der Bildungsaktivitäten für Neuzugewanderte ist es notwendig, auf Datenbasis eine verbindliche Maßnahmenplanung für alle Bildungs- und Altersstufen zu entwickeln, entsprechende Maßnahmen zu initiieren, zu evaluieren und jährlich einen Bericht über die Entwicklung zur Zielerreichung zu erstellen / veröffentlichen. Es gilt, die zentralen Elemente eines Kommunalen Bildungsmanagements bzgl. der Arbeitsstruktur und des Arbeitsprozesses im Bereich „Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ zu installieren und zu erproben. dauerhaft systematisiert fortzusetzen. Die Grundlage dieser langfristigen und nachhaltigen (Arbeits-) Strukturen soll mit Unterstützung des Bundes im Rahmen des Programms der Bildungskoordination entstehen. Es ist geplant, die bestehenden Netzwerke und Gremien in Köln zu nutzen und hinsichtlich des Diskurses und der Begleitung des Umsetzungsprozesses zu optimieren. RBB und dem KI werden gemeinsam das Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ tragen, Beide arbeiten sowohl in Strukturen von Bildungsmanagement als auch von „Integration durch Bildung und als Querschnittsaufgabe“ und sind gesamtstädtisch entsprechend eingebunden. Die Ausländerbehörde mit ihrer Abteilung zur beruflichen Integration wird ausdrücklich in die Umsetzung einbezogen. Die wechselseitige Einbeziehung und Zusammenarbeit erfolgt derzeit nur anlassbezogen, die Abstimmungsprozesse in den jeweiligen Gremienstrukturen verlaufen weitgehend versäult und müssen systematisiert werden. Innerhalb der vorhandenen Strukturen kann verwaltungsseitig den Bedarfen der neu zugewanderten Kölner*innen nicht entsprochen werden. Die aktuelle Zuwanderung ist nicht nur quantitativ und qualitativ herausfordernd, sondern macht sehr deutlich, dass kommunale Strukturen und Regelsysteme des Bildungswesens nicht ausreichend geöffnet sind. Hinzu kommt, dass es unbedingt eine Strukturierung der Angebote geben muss, um für alle

Akteure Orientierung zu schaffen und Lücken und ggf. auch eine Doppelung der Angebote zu erkennen.

Zugänge zu den einzelnen Bildungsphasen und Übergänge von einem System in das nächste sind nicht ausreichend an den Bedarfen der neu zugewanderten Bürger*innen ausgerichtet und vielfach ungeregelt. Insgesamt braucht es in Köln eine Orientierung über Bildungs- und Integrationsangebote. Die Schwerpunktsetzung auf einen Bildungsbereich bzw. eine Bildungsphase erfolgt nach der Bestandsaufnahme auf Grundlage der entwickelten Standards.

Es wird daher eine „Steuerungsgruppe Bildungskoordination“ gegründet, die mit jeweils 3 Mitgliedern von RBB und KI besetzt wird. Das KI hat innerhalb der Stadtverwaltung die Federführung für das Bundesprogramm; die Projektsteuerung und Aufgabenabstimmung der Koordinator*innen erfolgt über die Steuerungsgruppe. Die Steuerungsgruppe hat die Aufgabe, die Ergebnisse aus den Gremien und Netzwerken und die sonstigen Arbeitsergebnisse der Bildungskordinator*innen zusammenzutragen, zu werten und weitere Schritte zu vereinbaren. Sie tagt bei Bedarf, mindestens 1x monatlich, und entscheidet über fachliche Inputs und Gäste. Die Zusammenarbeit im Einzelnen regelt eine Geschäftsordnung. Im Übrigen hat sie die Aufgabe, die Kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte über die Projektlaufzeit hinaus zu sichern.

Die Bildungskordinator*innen werden so umfänglich wie möglich in die Planungs- und Entscheidungsprozesse der Steuerungsgruppe einbezogen.

Eine Verzahnung des Bundesprogramms mit dem Landesprogramm „KOMM-AN NRW zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in den Kommunen“, das beim KI angesiedelt ist, wird beide Programme stärken.

- **b) Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft**

Eine intensive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft z.B. aus Migrantenselbstorganisationen, ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit oder der Trägerschaft über diverse Gremien, Veranstaltungen und Programme und durch den Arbeitskreis Interkulturelle Zentren besteht bereits. Die Expertise dieser Akteure wird bei Umsetzung des vorliegenden Programms einfließen.

- **c) Darstellung der konkreten Aufgabenfelder der Koordination**

Für Köln ist es notwendig, neu hinzu gekommene Akteure einzubeziehen, die Zusammenarbeit der Akteure zu verbessern, Lücken in Beratungs- und Bildungsangeboten zu definieren sowie Orientierung über Angebote und Anbieter zu schaffen. Hierfür ist eine ämter- und dezernatsübergreifende Arbeit der Koordinator*innen wesentlich für eine gesamtstädtische Ausrichtung und den Erfolg des Programms.

Konkrete Aufgabenfelder der Koordination sind:

1. Entwicklung von Standards zur Frage: „Welche Bildungsangebote im weiteren Sinne sollen neu Zugewanderten vom Kleinkind- bis ins Erwachsenenalter in Köln zur Verfügung stehen und wie sollen die Zu- und Übergänge ausgestaltet sein?“ Gremien und Netzwerke werden bei der Erarbeitung der Standards eingebunden, um eine tragfähige Basis zu erhalten.
2. Auf Grundlage der Standards wird eine Bestandsaufnahme durch die Sichtung der vorhandenen Daten und Feststellung der Angebote und Anbieter in den 9 Kölner Stadtbezirken und stadtweit gefertigt. Das Ziel ist die Schaffung von Transparenz zu den Angeboten und deren Anbietern sowie über die Gremienstrukturen und ihre Arbeitsprozesse. Ebenfalls werden bereits bestehende Zusammenstellungen und Veröffentlichungen von Teilbereichen des Angebotsspektrums zusammengetragen.
3. Erstellung einer Übersicht, aus der hervorgeht, an welcher städtischen Dienststelle Daten über Zuwandernde erhoben werden und welche bildungsrelevanten Steuerungsaufgaben daraus abgeleitet werden bzw. sich ableiten lassen. Steuerungsrelevante Kennzahlen/Indikatoren werden abgeleitet und festgelegt.
4. Lücken zwischen Standards und Bestand werden festgestellt und dokumentiert.
5. Handlungsempfehlungen zur Einrichtung bedarfsgerechter Bildungsangebote (im weiteren Sinne) für Neuzugewanderte sowie zur Verbesserung der Gremienstrukturen und ihrer Zusammenarbeit und der Arbeitsprozesse werden erarbeitet, priorisiert und in den relevanten Gremien beschlossen.
6. Konzeption eines geeigneten digitalen Formats für eine Plattform, die das Angebotsspektrum für die Zielgruppe transparent abbildet und verfügbar macht. In Abstimmung mit den beteiligten Akteuren werden die inhaltlichen Funktionalitäten der Plattform wie auch die Nutzungsmodalitäten entwickelt.
7. Parallel zu den Schritten 1-6 wird eine Form der öffentlichen Darstellung des Projekts erarbeitet und schrittweise öffentlich gemacht. Dies erhöht die öffentliche Wahrnehmung des Projektes und verstärkt die Beteiligung.

- **d) Darstellung der Gestaltung der in Nummer 2.2 genannten Rahmenbedingungen des Vorhabens**

Köln beantragt über das Bundesprogramm 3 Koordinator*innen. Die oben ausgeführte Planung wird effizient umgesetzt, wenn eine Stelle bei der Regionalen Bildungslandschaft Köln und dort beim RBB angesiedelt ist. Diese/r Bildungskordinator*in wird vorhandene Daten bzgl. Neuzugewanderte sichten und bündeln und somit Ansprechpartner*in sein für datenbezogene Fragen und Informationen. Ebenso wird sie/er für eine transparente

öffentliche Darstellung der Anbieter und Bildungsangebote für Neuzugewanderte zuständig sein.

Zwei Stellen sollen angebunden werden an das KI Köln und dort vor allem zuständig und Ansprechpartner*in sein für die programmbezogene Zusammenarbeit mit Akteuren innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung, in den Stadtbezirken und mit wesentlichen ehrenamtlichen Akteuren und hauptamtlichen Strukturen, die das Ehrenamt begleiten.

Sie sollen im KI die Schnittstelle bearbeiten zu den beiden Kräften im KI, die bis mindestens 31.12.2017 das Landesprogramm „KOMM-AN NRW zur Integration von Flüchtlingen und zur Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in den Kommunen „bearbeiten und Synergieeffekte nutzen für das Bundesprogramm „Bildungskoordination“ und damit für die Verbesserung der Teilhabe und Integration von geflüchteten Menschen in Köln.

Die Projektsteuerungsgruppe arbeitet eng zusammen mit dem städtischen Flüchtlingskoordinator, der sicherstellen muss, dass städtische Aufgaben koordiniert und effizient erledigt werden. Die drei Bildungskoordinator*innen als feste Ansprechpartner*innen und Fachleute für das Thema in Gremien sind eine gute Unterstützung bei dieser Aufgabe.

Die geregelte Teilnahme an wesentlichen Gremien- und Netzwerksitzungen sichert die Fachlichkeit in beide Richtungen. Als zentrale Ansprechpartner*innen sollen die Koordinator*innen an den weiteren strategischen Gremien wie Runde Tische in den Stadtbezirken teilnehmen, um Bedarfe zu erkennen und die Akteure über den Projektverlauf zu informieren. Sie sollen städtische Planungen und Projekte auch ämter- und dezernatsübergreifend begleiten und gestalten. Die Koordinierung von Akteuren und Angeboten übernehmen bzw. begleiten die Koordinator*innen in Absprache mit den zuständigen städtischen Fachämtern.

Bestehende Strukturen in der Stadtverwaltung sollen für das Thema sensibilisiert werden und es in ihre Arbeitsprozesse aufnehmen. Die jeweilige Strategie der Implementierung in die Gremien entwickelt die Steuerungsgruppe mit den Koordinator*innen.

Durch die Anbindung an RBB und KI und die enge Einbeziehung der Ausländerbehörde in die Umsetzung des Programms profitieren die drei Koordinator*innen von Fachlichkeit, Informationen, Netzwerken und innerstädtischen Strukturen und Gremien der wesentlichen drei Dezernate und ihrer angeschlossenen Ämter.

Gut durch die Steuerungsgruppe begleitet verbessert dies die Aussicht auf einen Erfolg des Programms auch darauf, diesen Geist der zielorientierten Projektarbeit als gutes Beispiel nachhaltig zu sichern.